



Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 30. März 2017

Antrags-Nr. 17-F-21-0019

Zukunft der Fritz-Gansberg-Schule

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.03.2017

-

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - a. sich die Zügigkeit an der Fritz-Gansberg-Schule bereits zum Schuljahr 2017/2018 erhöht und vier weitere Klassen notwendig werden,
 - b. der Raumbedarf am derzeitigen Standort der Fritz-Gansberg-Schule nicht abgebildet werden kann, so dass es für eine Übergangszeit bis zur Fertigstellung eines Neubaus erforderlich ist, für die Schule eine Außenstelle zu schaffen, die alle zusätzlich erforderlichen Räume gemäß Raumprogramm abbildet,
 - c. sich derzeit die Aufstellung einer Containeranlage auf dem öffentlichen Parkplatz am Moltkering für die angenommene dreijährige Übergangszeit nach den Berechnungen der WiBau mit Bau- und Mietkosten von insgesamt ca. 522.500 Euro als kostengünstigste Lösung darstellt und daher gegenüber anderen geprüften Varianten den Vorzug genießt. Die anfallenden Kosten könnten dabei von der WiBau über eine Mietlösung abgerechnet werden,
 - d. bei einer unmittelbaren Beauftragung der Containeranlage eine Inbetriebnahme noch zum Schuljahresbeginn 2017/18 möglich erscheint, soweit für die geplante Übergangszeit auf die Anforderungen der EnEV verzichtet wird,
 - e. die Errichtung der o.g. Containeranlage auf der Parkplatzanlage am Moltkering das für den Neubau der Schule vorgesehene Baufeld nicht behindert,
 - f. an Einrichtungskosten zusätzlich 95.000 Euro für den Schulbetrieb sowie 15.000 Euro für die Betreuung anfallen,
 - g. die Einrichtung der beschriebenen Containeranlage gegenüber der Schulgemeinde nur zu vertreten wäre, wenn unmittelbar mit den weiteren Planungen für den Schulneubau begonnen wird. Nach Berechnungen der WiBau würden für die Fortführung der Planungen bis zur Leistungsphase IV HOAI (Bauantragsplanung) Honorare in Höhe von ca. 690.000 Euro brutto einschließlich aller Steuerleistungen anfallen, die derzeit im städtischen Haushalt nicht veranschlagt sind.
2. Vor dem Hintergrund dieser Informationen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:
 - a. Der Magistrat wird beauftragt, die WiBau mit der Errichtung einer Containeranlage als Außenstelle oder an der Fritz-Gansberg-Schule für eine Übergangszeit von voraussichtlich drei Jahren zu betrauen und die erforderlichen Verträge zur Anmietung durch das Schuldezernat abzuschließen. Zur Festlegung des genauen Containerstandortes sind umgehend Gespräche mit der Schulgemeinde der Fritz-Gansberg-Schule zu führen.

- b. Für die notwendige Einrichtung der Außenstelle werden einmalig in 2017 Mittel in Höhe von 110.000 Euro freigegeben. Die Finanzierung erfolgt innerhalb des Schulamtsbudgets. Für die (Miet-)Zahlungen an die WIBAU werden in 2017 87 T€ freigegeben. Die Deckung wird vom Schulamt bis spätestens zum 30.09.2017 benannt und zum Jahresabschluss zwischen Schulamt und Kämmerei festgelegt. Die für die Folgejahre benötigten Mittel (2018 & 2019 je 174 T€) sind innerhalb der Dezernatsrahmendaten zum Doppelhaushalt 2018/19 anzumelden. Für 2020 sind Mietzahlungen von 87 T€ vorzumerken und innerhalb der Rahmendaten des Schuldezernates zum Haushalt anzumelden.
- c. Der Magistrat wird ferner beauftragt, die Planungen für den Neubau der Fritz-Gansberg-Schule am vorgesehenen Standort am Moltkering wieder aufzunehmen und zum nächsten Sitzungszug einen Vorschlag zur beschleunigten Umsetzung vorzulegen.
- d. Der Magistrat wird gebeten, unmittelbar nach Vorliegen der Planungsergebnisse eine Plausibilitätsprüfung zu beauftragen, damit schnellstmöglich die Kostengrößen für die Umsetzung der Baumaßnahme verifiziert werden können.
- e. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass mit den vorgenannten Beschlussfassungen noch keine abschließende Entscheidung über den Weg zur Finanzierung des Neubaus verbunden ist. Eine Finanzierung aus dem angekündigten KIP-II-Programm des Landes Hessen ist vorrangig zu prüfen. Sollte dies aus formalen oder terminlichen Gründen nicht darstellbar sein, kommt grundsätzlich auch ein Mietmodell mit der städtischen WiBau in Betracht.

Beschluss Nr. 0152

Der gemeinsame Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 30.03.2017 betr.

Zukunft der Fritz-Gansberg-Schule

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2017

David
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .04.2017

1. Dezernat VI i. V. m. Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat IV
Dezernat I/14
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister